Foto: Maurice Weiss

NEWSLETTER

05

2023

JUNI

Nezahat Baradari

Mitglied des Deutschen Bundestages
Kreis Olpe/Märkischer Kreis I

SPD

KONTAKT

Bundestagsbüro Berlin
Nezahat Baradari, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
nezahat.baradari@bundestag.de
030/22 77 12 60

Wahlkreisbüros

Willy-Brandt-Haus
Breitenfeld 1B
58507 Lüdenscheid
nezahat.baradari.wk02@bundestag.de
02722/6576884

Niederste Straße 15
57439 Attendorn
nezahat.baradari.wk@bundestag.de
02722/6576884

www.nezahat-baradari.de/

https://www.facebook.com/Baradari2023/

https://www.instagram.com/nezahatbaradari/

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der SPD!

Der parlamentarische „Endspurt“ ist überstanden, die Sommerpause ist erreicht. Ein ereignisreiches erstes Halbjahr liegt hinter uns. Entgegen den Erwartungen – oder vielleicht sogar Hoffnungen – einiger Akteure haben wir den vergangenen Winter gut überstanden. Eine Energieknappheit war nie zu befürchten. Auch auf den kommenden Winter sind wir gut vorbereitet. Das ist wichtig für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, aber auch für die Industrie, die Planungssicherheit hat.

Abseits des großen Ganzen hat sich auch gesundheitspolitisch einiges getan. Wir haben die Kinderärzte entbudgetiert, in kritischen Bereichen die Arzneimittelversorgung verbessert, die Pflegekassen gestützt und noch einiges mehr.

Am Horizont kündigt sich noch größeres an: Die Reform der Krankenhausversorgung ist nun zwischen Bund und Ländern in Eckpunkten abgestimmt und wird im kommenden Herbst im Parlament behandelt werden. Das ist ein wichtiger Schritt für die Zukunftsfähigkeit unseres Gesundheitssystems.

Auch die Notfallreform wird im zweiten Halbjahr an Fahrt aufnehmen. Damit ändern wir etwas an den Grundstrukturen der Versorgung in Deutschland. Die Widerstände sind naturgemäß groß, dennoch sind diese umfassenden Reformen nötig. Teile dieser Reformen sind seit mehr als einem Jahrzehnt verschleppt worden. Ich werde mich dafür einsetzen, dass sie ihrem Anspruch, die Versorgung in Deutschland zu verbessern, auch gerecht werden.

Am Montag verkündete unser Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach mit den Worten: „Es ist eine Art Revolution“ die Einigung von Bund und Ländern hinsichtlich der Frage zu Krankenhausversorgung. Die Vertreter der Ampel-Regierung verständigen sich nun mit den Länder-Ge-

sundheitsministern auf Eckpunkte für die große Klinikreform. Dabei priorisiert die Reform die medizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten und stellt die Ökonomie in den Hintergrund. In der Tat werden die Finanzierung, Organisation und das Leistungsspektrum der Krankenhäuser in Deutschland grundlegend neu geregelt. Eine beauftragte Expertenkommission legte im Dezember 2022 ausführliche Vorschläge für eine Krankenhausreform vor. Sie regte Änderungen bei der Abrechnung von medizinischen Leistungen mit einer Abkehr vom Fallpauschalen-Prinzip und eine stärkere Spezialisierung der Krankenhäuser an.
Im Fazit geht es uns um Qualität, und nun folgt ein Gesetzesentwurf zur Klinikreform.

Für Sorgen und Bedenken habe ich immer ein offenes Ohr! Ich werde euch zudem über Social Media und über diesen Newsletter auf dem Laufenden halten. Das gilt natürlich auch für alle Entwicklungen rund um die Rahmedetalbrücke.

In Berlin geht es im September weiter: direkt in der ersten Woche steht die erste Haushaltswoche an, in der wir über Einzelposten der Ausgaben des Bundeshaushalts 2024 diskutieren, bevor er im November endgültig verabschiedet wird.

Erst einmal jedoch stehen auch uns Parlamentariern, genau wie allen anderen, die Ferien ins Haus. Ich wünsche euch allen, dass ihr die „Akkus aufladen“ und einige schöne Tage und Wochen mit der Familie verbringen könnt!

Mit besten Grüßen

Eure Nezahat

Nezahat

KONTAKT

Bundestagsbüro Berlin
Nezahat Baradari, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
nezahat.baradari@bundestag.de
030 / 22 77 12 60

Wahlkreisbüros

Willy-Brandt-Haus
Breitenfeld 1B
58507 Lüdenscheid
nezahat.baradari.wk02@bundestag.de
0 27 22 / 6 57 68 84

Niederste Straße 15
57439 Attendorn
nezahat.baradari.wk@bundestag.de
0 27 22 / 6 57 68 84

www.nezahat-baradari.de/

https://www.facebook.com/Baradari2023/

https://www.instagram.com/nezahatbaradari/

IMPRESSUM V. i. S. d. P.: Nezahat Baradari, Mitglied des Deutschen Bundestages; Platz der Republik 1, 11011 Berlin. Tel. 030 – 227 71260, E-Mail: nezahat.baradari@bundestag.de
Fotos, sofern nicht anders angegeben: Bundestagsbüro Nezahat Baradari MdB

Aus dem Sommerbrief an die Fraktion von Rolf Mützenich

Foto: Photothek

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir alle haben in den letzten Wochen und Monaten große Herausforderungen als stärkste regierungstragende Fraktion meistern müssen. Bis zuletzt haben wir dafür gekämpft, dass die Menschen bei der notwendigen Transformation von Wirtschaft, Arbeitswelt und Gesellschaft nicht allein gelassen werden, sondern mit sozialen Komponenten unterstützt werden. Wir dürfen uns zugutehalten, dass die SPD-Fraktion bei den schwierigen Verhandlungen zum Gebäudeenergiegesetz vermittelnd alles getan hat, um einerseits den Laden zusammenzuhalten und andererseits die Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger nicht auszublenden. Dieser Kraftakt hat sich gelohnt.

Er sollte allerdings allen Beteiligten dieser Koalition auch Mahnung sein, dass mit allzu laut ausgetragenen öffentlichen Meinungsverschiedenheiten kein Staat zu machen ist. Vernunft und Konzentration sind Grundlage für gutes und erfolgreiches Regieren. Dass es auch anders gehen kann, haben wir nicht zuletzt mit der geräuschlosen Verabschiedung eines neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes bewiesen. Nach jahrzehntelanger Blockade durch die Union hat die Koalition in dieser Frage einen Paradigmenwechsel geschafft und gezeigt, dass sie ihrem Anspruch als Fortschrittskoalition gerecht wird. Wie in vielen anderen Initiativen und Gesetzen auch. Damit das nicht in Vergessenheit gerät, habe ich im Anhang zusammenstellen lassen, was wir in der ersten Hälfte 2023 alles erreicht haben. Die Liste ist beeindruckend und wird Euch in den Wahlkreisen helfen, die Menschen vom Erfolg Eurer Arbeit zu überzeugen.

Die Aufgaben, denen wir uns in einer veränderten Weltordnung stellen müssen, werden nicht geringer werden. Der russische Krieg in der Ukraine hält mit den schrecklichen Folgen für die Menschen dort unvermindert an. Unsere Unterstützung für das Land ist eine selbstverständliche Pflicht. Wir helfen mit humanitären und finanziellen Mitteln, aber auch durch substanzielle Waffenlieferungen. Die Zeitenwende, die dieser Krieg markiert, erfordert enorme Anstrengungen, um Demokratie und Menschenrechte im globalen Prozess sich neuordnender Verhältnisse zu verteidigen. Wir unterstürzen deshalb die unermüdlichen diplomatischen Anstrengungen von Bundeskanzler Olaf Scholz, für einen regelbasierten Multilateralismus alte Partnerschaften zu stärken und neue zu suchen.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst Euch von der augenblicklichen Stimmung im Land nicht verunsichern. Es sind Momentaufnahmen zur Mitte der Legislaturperiode. Momentaufnahmen, bei der die einen in den Medien hoch-, die anderen heruntergeschrieben werden. Bleibt so konsequent bei der Arbeit, wie Ihr es in den vergangenen zwei Jahren gewesen seid. Nicht Umfragen sind entscheidend. Messlatte für unsere Arbeit sollte sein, dass wir keine Anstrengung unterlassen, um den Menschen in einer schwierigen Welt Unterstützung zu vermitteln. Wenn wir diesem Anspruch gerecht werden, wird sich das am Ende auszahlen. Geschrei, Populismus und offener Faschismus sind keine Alternative zu ernsthafter demokratischer und parlamentarischer Arbeit. Sie werden auf Dauer keinen Erfolg haben, wenn wir uns beherzt entgegenstellen.

Und daran habe ich keine Zweifel. Denn ich habe diese Fraktion als eine immer für die Sache engagierte Gruppe erlebt. Wir haben zwei fordernde Jahre gemeinsam erfolgreich hinter uns gebracht. Eurer Ausdauer und Euren Anstrengungen ist es zu verdanken, dass der Maschinenraum dieser Koalition funktioniert hat. Dafür danke ich Euch Abgeordneten, aber auch den vielen engagierten Mitarbeitern. Diese Erfahrung hat mich ermuntert, Euch anzubieten, den Zusammenhalt der Fraktion als deren Vorsitzender weiter nach Kräften zu fördern und die sozialdemokratisch geführte Regierung mit einer verlässlichen Fraktion zu beeinflussen und zu stützen. ...

Download „Wir liefern! Unsere Erfolge 2023“ der SPD-Fraktion.

Beim Betriebsrat von thyssenkrupp Steel in Finnentrop

Die „große Politik“ in Verbindung mit einem beeindruckenden Erlebnis. Das steht auch in dem Leben von Politikerinnen und Politikern nicht täglich auf der Agenda. Als ich mich mit dem geschäftsführenden Betriebsrat im Finnentroper Werk des größten deutschen Stahlherstellers thyssenkrupp Steel traf, war es so. Nach einem Gedankenaustausch mit Bernd Sasse, Volker Funke und Ramazan Olmaz stand eine tolle Betriebsbesichtigung auf dem Programm, die mich die Atmosphäre eines modernen Stahlwerkes hautnah miterleben ließ. Es beeindruckte mich sehr, als sich das Ausgangsmaterial automatisch durch die riesigen Maschinen unter Aufsicht der Beschäftigten schlängelte und am Ende als Produkt ausgeworfen wurde: Eine Feuerbeschichtungsanlage produziert dort vorwiegend oberflächenaluminiertes Feinblech für die Automobilindustrie. Bis zum Jahr 2008 wurde das Portfolio durch einen Umbau von einer reinen Feuerverzinkung auf Feueraluminierung erweitert und macht so die Feuerbeschichtungsanlage FBA3 in Finnentrop zu einem Alleinstellungsmerkmal bei thyssenkrupp Steel. Seit März 2018 wird an der FBA3 zu 100 Prozent feueraluminiertes Material produziert. Zudem fertigt eine Schmalbandverzinkung Bänder für Garagentore, Dachrinnenhaken, Blitzableiter, Weinfass-Umreifungen und Sicherheitsgitter. Mein Respekt gilt allen Beschäftigen, die die Produktion am Laufen halten. „Metaller“ zu sein, ist schon etwas Besonderes. Da mein Vater selber Schreiner und Schweißer war, kann ich das nur bestätigen!

Das Ziel ist für thyssenkrupp Steel klar, sagte mir Bernd Sasse: Der Weg in eine klimaneutrale Stahlproduktion ist alternativlos. Ab 2026 bis zum Jahr 2034 entfällt sukzessive die freie Zuteilung von $C0^2$-Zertifikaten. Wird die Transformation seitens der Politik nicht mitbegleitet und gefördert, würde die Stahlindustrie aus Deutschland abwandern und womöglich in anderen Ländern eben nicht klimaneutral produzieren. Hier gilt es, die Stahlindustrie mit allen Standorten und deren Arbeitsplätzen langfristig zu sichern.

Ein ersten Schritt ist die Zusage von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, thyssenkrupp beim Umbau hin zu „grünem Stahl“ zu unterstützen. Habeck hatte sich unlängst zuversichtlich gezeigt, dass eine geplante Milliardenförderung für eine Anlage zur Grünstahl-Produktion am Mutterstandort Duisburg demnächst auch formal von der die EU-Kommission genehmigt wird. Ihn nehmen die Stahlkocher jetzt zu Recht beim Wort und fordern eine rasche Genehmigung der geplanten Förderung. Damit erwarten die Stahlkocher rund 1,3 Milliarden Euro vom Bund, die NRW-Landesregierung hat bereits Subventionen von bis zu 700 Millionen Euro zugesagt. Macht zusammen 2 Milliarden Euro.

Der Betriebsrat hat meine Unterstützung in ihren Forderungen. Der Weg vom grauen hin zu grünem Stahl ist eigentlich auch in Finnentrop notwendig. Das wird weitere Geldmittel staatlicherseits erfordern, auch in Hinblick auf die sogenannte Dekarbonisierung: Das Finnentroper Werk wird mit Gas betrieben, der Wechsel hin zu Wasserstoff oder die Elektrifizierung wird wohl enorme, aber unabwendbare Investitionen zur Folge haben. Durch die notwendigen Versprechungen des Bundeswirtschaftsministers Habeck sind die Erwartungen auch hier groß. Er sollte liefern und die Stahlindustrie stärken!

Foto oben v. l.: Ramazan Olmaz, Volker Funke, Nezahat Baradari, Bernd Sasse und Bernd Alexander (Büro Baradari MdB)

ÄNDERUNGEN ZUM GEBÄUDE-ENERGIEGESETZ

auch wenn wir in dieser Woche die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) noch nicht in 2./3. Lesung im Bundestag verabschiedet haben, so haben wir als Ampel-Koalition gleichwohl bereits abschließende Ausschussbeschlüsse zur Verabschiedung des GEG erwirkt. Diese umfassen unseren Änderungsantrag, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung sowie einen Entschließungsantrag u.a. zur Förderkulisse. Die Koalitionsfraktionen haben sich darauf verständigt, diese Beschlussfassung in regulärer Sitzungswoche Anfang September im Bundestag in 2./3. Lesung zu verabschieden.

Ausführliche Infos zum Download

Ziel: Klimaneutralität bis 2045

- Wir lassen niemanden allein: Verzahnung mit der Kommunalen Wärmeplanung.
- Das Wärmeplanungsgesetz und die GEG-Novelle sollen beide zum 01.01.2024 in Kraft treten.
- Zeitplan für verpflichtende Wärmeplanung:
  Gemeinde > 100.000 Einwohner: 30.06.2026
  Gemeinde < 100.000 Einwohner: 30.06.2028

Wärmeplanung wird vorgeschaltet

- Verpflichtende deutschlandweite kommunale Wärmeplanung
- Verpflichtende deutschlandweite kommunale Wärmeplanung
- Bürger*innen erhalten mehr Zeit und Planungssicherheit für die beste Heizungslösung.
- Keine Ausweitung bestehender Betriebsverbote! (§ 72 GEG a.F.)
- In Neubaugebieten gilt die EE-Einsatzpflicht mit Inkrafttreten zum 01.01.2024.

Technologieoffenheit

- 7 Standarderfüllungsoptionen und weitere Kombinationsmöglichkeiten stehen zur Verfügung.
- Keine Differenzierung zwischen Neubau und Bestand.
- Heizungen mit fester Biomasse (Pellets, etc.) sind nun auch ohne Solarthermie und Speicher möglich.
- Anforderungen an Erneuerbare Energien in Wärmenetzen oder an Wasserstoffnetze werden im Gesetz zur Wärmeplanung (WPG) geregelt.

Heizungen ab 2024 ohne 65%-EE-Anteil

- Wer nach Inkrafttreten und vor der Wärmeplanung eine Gas-, Öl- oder Holzheizung einbaut, erhält eine verpflichtende Beratung.
- Zusätzlich muss ab 01.01.2029 ein steigender Anteil Biomasse oder biogenen Gasen oder Wasserstoff nachgewiesen werden.

Faire Übergangsfristen bis 65%-EE-Pflicht

- Anschluss an ein Wärmenetz: Übergangsfrist von bis zu 10 Jahren
- Wechsel von Gas auf Wasserstoff (H2-Ausbaugebiet): bis 2028 muss ein verbindlicher Fahrplan mit Zwischenzielen zwischen dem Gasverteilnetzbetreiber und der Kommune vereinbart und eine Umstellung auf vollständige Wasserstofflieferung bis Ende 2044 vorliegen.
- Tausch von Gasetagenheizungen: Übergangsfrist von bis zu 5 Jahren

Mieterschutz

- jedwede Mieterhöhung aufgrund von Heizungstausch ist bei 50 Cent/m² gekappt.
- Alte Kappungsgrenzen von 2 bzw. 3 €/m² bleiben bestehen,
- Neu eingeführte zweite Modernisierungsumlage
- Härtefalleinwand

Förderkulisse (laut Entschließungsantrag)

- Einkommensbonus (30%)
- Klima-Geschwindigkeitsbonus (20%)
- Innovationsbonus (5%)
- Max. Fördersatz von insgesamt 70% möglich.
- Zinsvergünstigte Kredite

WIR BRAUCHEN VIELE UND GUT QUALIFIZIERTE FACHKRÄFTE

In unserer Region wie in ganz Deutschland fehlen Kita-Erzieher und -Erzieherinnen, Pflegepersonal oder Ingenieure und Ingenieurinnen. Um diese Arbeitsplätze zu besetzen, brauchen wir auch Fachkräfte aus dem Ausland. Das neue Fachkräfteeinwanderungsrecht soll das erleichtern.

In vielen Bereichen funktioniert unser Land nicht optimal, weil Fachkräfte fehlen: Handwerkertermine sind schwer zu bekommen, Betreuungspersonal und Pflegekräfte fehlen, Busse fallen aus. Zugleich wächst der Bedarf an Fachkräften.

Wir brauchen also viele und gut qualifizierte Fachkräfte, um den Wohlstand für alle zu sichern und die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest aufzustellen. Bis 2035 müssen voraussichtlich rund sieben Millionen Fach- und Arbeitskräfte ersetzt werden.

Dazu sind Menschen aus dem Inland aus- und weiterzubilden, und gleichzeitig brauchen wir auch Fach- und Arbeitskräfte aus dem Ausland. Das ist unbestritten.
Hier setzt die Ampel mit dem überarbeiteten Fachkräfteeinwanderungsrecht für Menschen von außerhalb Europas an und schafft neue Möglichkeiten. Uns Sozialdemokratinnen und -demokraten ist sehr wichtig, dass diese neuen Wege nicht zu Lohndumping oder Ausbeutung genutzt werden.

Bei unserem neue Weg der Fachkräfteeinwanderung setzen wie auf erstens auf Qualifikation, zweitens auf Erfahrung und drittens auf das Potenzial. So wird auch eine Chancenkarte eingeführt, die es auch Menschen ohne Arbeitsvertrag ermöglicht, nach Deutschland zu kommen. Sie basiert auf einem Punktesystem, bei dem unter anderem Qualifikation, Sprachkenntnisse, Berufserfahrung, Voraufenthalte, Alter und mitziehende Partner und Partnerinnen berücksichtigt werden.

Auch die Trennung von Asyl- und Erwerbsmigration ist sehr wichtig. Aber wir wollen auch pragmatische Lösungen für diejenigen Fachkräfte schaffen, die bei uns im Asylverfahren sind. Dazu will die Ampel Asylsuchenden, die bereits bestimmte Voraussetzungen mitbringen, den unkomplizierten Wechsel in die Erwerbsmigration möglich machen. Mit dem Chancenaufenthalt hat die Bundesregierung bereits die Möglichkeit auf den Weg gebracht, dass langjährig Geduldete über eine Erwerbstätigkeit einen regulären Aufenthaltstitel erhalten können.

Foto: Annika Nagel

Wir als SPD-Fraktion konnten im parlamentarischen Verfahren diese wichtigen Punkte durchsetzen:

- Kein Aufweichen der Tarifbindung und der sozialen Standards, keine generelle Öffnung für Leiharbeit.
- Keine Abweichung vom Grundsatz der Fachkräftedefinition.
- Einfachere und schnellere Verfahren.

Mehr Informationen lest ihr auf der **Internetseite der SPD-Bundestagsfraktion**

Guter Austausch mit dem DKSB Lüdenscheid e. V.

In meiner neuen Funktion als Vizepräsidentin des Deutschen Kinderschutzbundes durfte ich beim Deutschen Kinderschutzbund (DKSB) in Lüdenscheid meinen Antrittsbesuch abstatten.

Dabei wurde ich vom Vorsitzenden Herrn Uwe Hindrichs, der Beisitzerin Ina Rosenbaum und dem Schatzmeister Herrn Dietrich Vehse herzlich empfangen. Herr Hindrichs erklärte, dass der Kinderschutzbund Ortsverband Lüdenscheid e. V. seit ihrer Gründung im Jahre 1980 einer von heute 430 Ortsverbänden ist und auf lokaler Ebene sich für die Interessen und die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen einsetzt.
Der Kinderschutzbund ist die mitgliederstärkste Kinderschutzorganisation und setzt sich seit seiner Gründung im Jahr 1953 deutschlandweit als „Lobby für Kinder“ für die Rechte und den Schutz von Kindern ein.

Dabei versteht sich der Kinderschutzbund als Anlaufstelle für Lüdenscheider Kinder und Familien und bietet aktive Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen eines Spiel- und Jugendmobils an. Darüber hinaus stehen dem Kinderschutzbund auch die Eltern im Fokus, weil sie auch Elternkurse anbieten und Kurse für Kinder von psychisch erkrankten Eltern und jährlichen Veranstaltungen.

Der Vorsitzende zeigte mir auch die Räumlichkeiten und die Verwaltungsbüros des Kinderschutzbundes. Beim nächsten Besuch habe ich versprochen, dass ich mir ein eigenes Bild der KiTa Regenbogen machen werden. Denn seit 2016 Träger ist der Kinderschutzbund auch Träger der KiTa Regenbogen.

Es ist vor allem den Mitgliedern, ehrenamtliche Helfern, der Stadt Lüdenscheid und den zahlreichen Spendern zu verdanken, dass der Kinderschutzbund seit ca. 40 Jahren seine Angebote aufrechterhalten und weiterentwickeln konnte. Auch ein herzlicher Dank meinerseits.

Abschließend habe ich Herrn Hindrichs versprochen, dass ich mir auch das Spiel- und Jugendmobils ebenfalls anschauen werde und immer für den Kinderschutzbund zu erreichen bin.

Zu Gast in der Frauenberatungs-stelle Olpe beim Verein Frauen helfen Frauen e. V.

Jeder Mensch hat ein Recht auf ein Leben ohne Bedrohung, Angst und Gewalt. Mit dem Verein Frauen helfen Frauen e. V. haben wir eine besondere ehrenamtlich getragene Stütze im Kreis Olpe. Durchschnittlich 1.400 Beratungen im Jahr zeigen wie wichtig es ist, dass es diesen Verein gibt.

von links: Christin-Marie Stamm, Elisabeth Piroth, Nezahat Baradari, Jutta Hecken-Defeld und Julia Löser

Elisabeth Piroth und Julia Löser in der Frauenberatungsstelle Olpe trafen sich mit Jutta Hecken-Defeld (Vorsitzende SPD Wenden), Christin-Marie Stamm (MdL) und mir zu einem gemeinsamen Gespräch, um uns über die Arbeit des Vereins „Frauen helfen Frauen e. V." zu informieren.

Der Bedarf an Beratung, Unterstützung und therapeutischer Begleitung durch die Frauenberatungsstelle Olpe hat definitiv zugenommen, sagte uns Elisabeth Piroth.

Die Mitarbeiterinnen in der Frauenhilfestruktur geben ihr Bestes, um mit den Herausforderungen umzugehen, stoßen aber an ihre Grenzen. Die räumlichen Möglichkeiten, um von Gewalt betroffene Frauen aus ihrer häuslichen Umgebung zu holen, sind stark eingeschränkt. Es werden weitere Schutzplätze benötigt, denn wir müssen immer auch die Kinder im Blick haben, die von häuslicher Gewalt ebenso betroffen sind. Auch beim Umgangsrecht wird dringend eine Notfallstrategie benötigt, damit Frauen und Kinder in Ruhe Abstand von der beängstigenden Situation zu Hause gewinnen können.

Ich informierte über den Runden Tisch „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen", an dem Frauenhäuser, Bund, Länder und Kommunen beteiligt sind. Dieser soll den Ausbau und die finanzielle Absicherung der Arbeit von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen voranbringen. Künftig will sich auch der Bund an der Regelfinanzierung der Häuser beteiligen.

Infos zum Verein Frauen helfen Frauen e. V. gibt es auf frauenhelfenfrauen-olpe.de.

Zuhör-Tour mit Diskussionen und Gesprächen in Halver

Einmal mehr war ich zum Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern sowie den Parteikolleginnen und -kollegen nun in Halver. Gemeinsam mit dem Halveraner Ortsverein trafen wir uns im Rahmen meiner Zuhör-Tour in die Gaststätte Neustadt – zu angeregten Diskussionen und Gesprächen, an denen unter anderem SPD-Ortsvereinsvorsitzender Ralf Jürgensmeyer und Bürgermeister Michael Brosch teilnahmen. Ich freue mich immer sehr über so einen Austausch vor Ort, darüber direkt aus dem Wahlkreis zu hören, wo es hakt und wo es Verbesserungspotenzial gibt. Es ist mir sehr wichtig, den politischen Puls in den Kommunen zu fühlen und so die Interessen der Region entsprechend in Berlin vertreten zu können.

Die Entscheidung zum Gebäudeenergiegesetz war eines der Themen, die auch die Genossinnen und Genossen in Halver beschäftigt. So sprachen wir über künftige Fördermöglichkeiten, Zuschüsse und Vorgaben, die die Bundesregierung beschlossen hat. Doch die Bandbreite der Themen, die ich mit den Halveranerinnen und Halveranern besprochen habe, war groß: Vom Medikamentenmangel über die Pläne zur Krankenhausreform, von Sozialpolitik bis hin zu den geplanten Regelungen zum assistierten Suizid. Das Thema, um das wir auch bei diesem Treffen natürlich nicht umhin kamen: Die Folgen der Sperrung und Sprengung der Rahmedetalbrücke für die umliegenden Gemeinden – und eben auch in Halver. Auch wenn Dank der Umgehungsstraße in Halver der Schwerlastverkehr zumindest nicht durch die Innenstadt geleitet wird – die Infrastruktur leidet dennoch. Daher ist der Auftrag für mich weiterhin klar: ich werde weiter für Strukturhilfen für die Region wegen der gesperrten A45 kämpfen. Gespräche über das Bundeskanzleramt laufen.

Hürden in der Beratung Schwangerer

Mein Besuch bei der Beratungsstelle Mirjam in Olpe

Es war ein angenehmes Gespräch zu einem sehr sensiblen Thema. Mit Johanna Gerke und Ines Schumann, Beraterinnen von Mirjam, der staatlich anerkannten Beratungsstelle für Schwangere in Olpe, tauschte ich mich jetzt nach der Abschaffung des Paragrafen 219a aus. Es ging um die Arbeit in der Schwangerschafts-, Geburts- und Konfliktberatung sowie Verhütung und Familienplanung.

Die Beratung von Mirjam ist ergebnisoffen und vertraulich, auf Wunsch auch anonym. Beeindruckt war ich, dass Mirjam in vertraulicher Atmosphäre auch in Schulen Sexual- und Verhütungsberatung anbietet und dieses Angebot auch sehr gut angenommen wird. Prima! Meine Erfahrungen als Kinder- und Jugendärztin sowie als Berichterstatterin für Prävention in der SPD-Bundestagsfraktion sehe ich als passende Ergänzung zu den Aufgaben der Beraterinnen. Gerade die Schwangerschaftsberatung und mögliche Schwangerschaftsabbrüche sind oft immer noch Tabu, mit dem die Frauen oft alleine gelassen werden. Umso wertvoller ist die Beratung für die betroffenen Frauen und ein behutsames, empathisches und schrittweises Vorgehen, das den jungen Frauen selbst ermöglicht, angesichts der belastenden Situation mehr Klarheit zu bekommen und den für sie richtigen Schritt zu gehen und alle staatliche Hilfe zu bekommen.

Aktuell sind die Bedingungen im Kreis Olpe eher schwierig. Die Nachfrage nach Beratungen ist groß. Im letzten Jahr wurden 309 Beratungsgespräche geführt, davon waren 141 allgemeine Beratungen, 119 Konfliktberatungen und 49 Beratungen zum Thema Verhütung. Und doch sind gerade trotz ergebnisoffener Beratung Schwangerschaftsabbrüche immer noch mit einem großem Stigma verbunden.

Es ist mir völlig unverständlich und widersprüchlich, dass Langzeitverhütungen nicht von den Kassen übernommen werden, Schwangerschaftsabbrüche bis zu einem bestimmten Einkommen aber schon.

Eine Hürde besonderer Art ist übrigens der eklatante Mangel an Ärztinnen oder Ärzten, die Schwangerschaftsabbrüche bei Frauen in schwierigen Lagen überhaupt durchführen. Tatsächlich gibt es lediglich einen Arzt im Umland. Auch gibt es zu wenige Fachkräfte wie Hebammen und Kinderärzte, Familienpädagogen und Sozialarbeiter. Dieser Mangel in allen Feldern der Gesundheitsbranche waren weitere Gesprächsthemen.

Hiervon ist auch die Beratungsstelle Mirjam selbst betroffen, sie suchen händeringend ab sofort „eine*n Mitarbeiter*in (w/m/d) mit einem Abschluss Soziale Arbeit oder Sozialpädagogik“.

v. l.: Johanna Gerke, Nezahat Baradari, Bernd Alexander (Büro Baradari MdB) und Ines Schumann,

3. Halbzeit des Spiels FC Bundestag gegen den FC Diabetologie

Manchmal besucht man ganz außergewöhnliche Veranstaltungen in Berlin. Eine solche war sicherlich das Spiel des FC Bundestag gegen den FC Diabetologie. Einen FC Bundestag? Ja, den gibt es, und zwar schon seit 1967! Die fraktionsübergreifende Mannschaft trägt Benefizspiele aus, misst sich aber auch mit anderen Parlamentsauswahlen. Sogar ein Internationales Parlamentarier-Fußballturnier gibt es, welches „unsere" Auswahl zuletzt 2022 und 2013 sogar gewinnen konnte.

Inzwischen ist es auch fast Tradition, dass einmal im Jahr die Auswahl des Bundestags auf eine bunte Truppe aus dem Bereich der Diabetologie trifft und ein Benefizspiel ausrichtet. Dieses Jahr war auch ich beteiligt. Nicht etwa als Spielerin, sondern als Teilnehmerin der im Rahmen der anschließenden „3. Halbzeit" stattfindenden Podiumsdiskussion. Diesen Part habe ich als Berichterstatterin für Prävention der SPD-Bundestagsfraktion natürlich sehr gern übernommen.

Gemeinsam mit den Kollegen Johannes Wagner von den Grünen, Dr. Gero Hocker von der FDP und Dietrich Monstadt von der CDU sowie anderen Experten diskutierte ich über Maßnahmen gegen Diabetes-Typ-2 und Adipositas – beide gehören zu den am häufigsten auftretenden Volkskrankheiten und Kosten unser

Gemeinsam mit Christoph Daum

Foto: diabetesDE_Deckbar

Gesundheitssystem jedes Jahr Milliarden. Diabetes Typ 2 ist häufig durch eine bereits vorliegende Adipositas mindestens mitverursacht. Mehr als 90 Prozent der Menschen mit Diabetes Typ 2 haben auch schweres Übergewicht (Adipositas). Hauptrisikofaktoren sind neben dem Übergewicht auch ungesunde Ernährung und mangelnde Bewegung. Das Risiko, an Typ-2-Diabetes zu erkranken, steigt bereits ab einem Body-Mass-Index (BMI) von 27 um 100 Prozent an. Insgesamt sind 6,7 Millionen Menschen in Deutschland von Diabetes betroffen.

Wir müssen hier dringend gegensteuern, um die Gesundheit unserer Bürger zu stärken, aber auch, um einer Kostenexplosion im Gesundheitswesen vorzubeugen. Beide Krankheiten sind auf dem Vormarsch. Auch deshalb haben wir uns als Koalition vorgenommen, verschiedene Maßnahmen im Bereich zur Prävention zu ergreifen. Ich bin froh, dass dieses Thema immer mehr Aufmerksamkeit erfährt. Prävention muss endlich mehr Raum einnehmen!

Ein Spiel hat ja auch stattgefunden: Der von Christoph Daum trainierte FC Diabetologie schlug unsere Auswahl um Kapitän Mahmut Özdemir mit 2:1. Nächstes Jahr gibt es die Revanche!

ENDLICH GEMEINSAM AN EINEM STRANG ZIEHEN!

Sprengung der Rahmedetalbrücke am 07.05.2023; Quelle Autobahn Westfalen

Wir südwestfälischen Abgeordneten kamen zu einer gemeinsamen Pressekonferenz zusammen, um uns einheitlich für die Region, die unverschuldet durch die Sperrung der A45 in eine prekäre Situation gestürzt wurde, einzusetzen.

Die Signale sollten sowohl nach Düsseldorf als auch nach Berlin gesendet werden.

Ich hatte beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz nach Fördergeldern wie Transformationsgelder für Südwestfalen angefragt und eine abschlägige Antwort bekommen. Daher ist es wichtig, dass wir als Abgeordnete die örtlichen Probleme in unsere jeweiligen Regierungen geeint weitertragen und Unterstützung fordern.

Der gesundheitliche Bevölkerungsschutz und die heimische Industrie mit den vielen Arbeitsplätzen sind durch die Problematik der inzwischen glücklicherweise gesprengten Rahmedetalbrücke von elementarer Bedeutung.

Neben einer engmaschigeren und transparenten Informationspolitik seitens der Autobahn-GmbH forderte ich, unser spezielles Problem in den Bundestag zu transportieren. So wiederholte ich meine erneute Einladung in Form eines Ersten parlamentarischen Abends im Deutschen Bundestag mit allen großen Akteuren und Interessenvertretern aus der Region, beispielsweise zusammen mit anderen Abgeordneten.

Immerhin hat mein Brief an die Autobahn-GmbH auch gefruchtet. Denn wir haben jetzt eine Startzeit für den Brückenbau im Oktober, und die Brücke soll in 2026 zumindest einspurig befahrbar sein. Das sind prinzipiell sehr gute Nachrichten für Lüdenscheid. Trotzdem sollten wir alle gemeinsam dahingehend wirken, dass die Brücke noch schneller gebaut wird. Denn nun gehen die anderen Straßen und Brücken um Lüdenscheid kaputt.

Lüdenscheids Problem muss nach Berlin gebracht finden, damit wir Gehör für Hilfen bekommen – hoffentlich auch endlich bei Minister Habeck.

HAUPTSTADT-KONGRESS GESUNDHEIT: PRÄVENTION UND GESUNDHEITSFÖRDERUNG

Foto: AdobeStock_361571017-Hanasaki

Mitte Juni folgte ich einer Einladung der ehemaligen Präsidentin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Prof. Dr. Heidrun Thaiss und habe im Rahmen des Hauptstadtkongresses Gesundheit, der größten gesundheitspolitischen Fachmesse Deutschlands, an einer Paneldiskussion zum Thema „Gesundheitsförderung und Prävention: Wie gelingt der Paradigmenwechsel?“ teilgenommen.

Nach zwei einleitenden Fachvorträgen zum Nationalen Aktionsbündnis Impfen und Potentialen der frühen Prävention und des Präventionsindexes diskutierte ich zusammen mit Experten über konkrete Schritte für die Einläutung eines Paradigmenwechsels in der Prävention. Als zuständige Berichterstatterin für Prävention war es mir eine große Freude, an diesem hochkarätigen Austausch teilzuhaben.

Klar ist uns allen: Während das deutsche Gesundheitssystem bei der Behandlung von Krankheiten immer noch Weltklasse ist, hinken wir bei der Prävention anderen Ländern hinterher. Als Ampelkoalition haben wir uns deshalb das Ziel gesetzt, hier fundamentale Änderungen herbeizuführen, sowohl im Bereich von Arbeits- und Gesundheitsschutz als auch im Bereich Prävention und Rehabilitation sowie in der Gesundheitsförderung. Kern des Vorhabens ist eine Weiterentwicklung des Präventionsgesetzes. Wir wollen einen Nationalen Präventionsplan sowie konkrete Maßnahmenpakete z.B. zu den Themen Alterszahngesundheit, Diabetes, Einsamkeit, Suizid, Wiederbelebung und Vorbeugung von klima- und umweltbedingten Gesundheitsschäden schaffen. Die entsprechenden Gesetzesvorhaben werden wir im nächsten Jahr in Angriff nehmen. Allein die richtige Zahnpflege kann so viele Krankheiten im Vorfeld verhindern- unglaublich aber wahr.

Für einen wirklichen Paradigmenwechsel sind wir aber auch auf die Zivilgesellschaft angewiesen. Auch deshalb sind Initiativen wie das Nationale Aktionsbündnis Impfen so wichtig. Unter diesem Namen hat sich eine Gruppe von Experten zusammengetan, die gemeinsam alle wichtigen Kräfte bündeln wollen, um darauf hinzuweisen, dass neben SARS-CoV-2 auch andere Erreger durch Impfungen wirksam bekämpft werden können. Denn gerade auch bei den Impfquoten ist Deutschland oft bestenfalls im Mittelfeld der Industriestaaten. Ein Zustand, der jedes Jahr viel unnötiges Leid verursacht, gerade auch bei unseren Jüngsten. Impfen ist immer noch die beste Vorbeugung gegen Krankheiten und verhindert schwere Krankheiten bis zur Behinderungen. Das kann ich aus erster Hand als Kinder- und Jugendärztin aus meiner knapp dreissig jährigen Erfahrung so unterstreichen.

Prävention, ob durch Aufklärung oder eine medizinische Intervention wie das Impfen oder Teilnahme an Funktions- oder Kardiosport ist mir ein großes Anliegen. Ich freue mich auf die im kommenden Jahr anstehenden Herausforderungen und hoffe, dass wir endlich substantiell vorankommen. Die Diskussion hat gezeigt: Die Zeit ist reif. Die beste Investition in die Zukunft ist sicherlich die Investition in die geistige und körperliche Gesundheit!

Die Mittelschicht als Hauptzielgruppe: Wie umgehen mit der AfD?

EINE KOLUMNE AUS AKTUELLEM ANLASS

Bernd Alexander, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Wahlkreisbüro Nezahat Baradari MdB

Im thüringischen Sonneberg wurde der bundesweit erste AfD-Landrat gewählt und die AfD erlebt auch sonst einen bisher ungekannten Höhenflug in dem Bundesland. In einem Bundesland, deren Landesverfassungsschutz die Thüringer AfD unter ihrem Chef Björn Höcke als gesichert rechtsextremistisch einstuft. Auch bundesweit liegt sie zwischen 17 und 21 % im Umfragehoch (🔗 www.wahlrecht.de). Das entspricht eine Verdoppelung der Werte seit der letzten Bundestagswahl.

Es erstaunt mich, dass unter vielen Beobachtern und Kommentatoren erst jetzt erkannt wird, dass die AfD bis weit in die sog, gesellschaftliche Mitte vordringt. Speiste sich diese Partei nicht immer schon auch aus diesem Segment? In punkto Personal genauso wie bei ihrer Wählerschaft. Und sie wendet sich an die Mittelschicht als Hauptzielgruppe ihrer rechten Ideen. Weil sich in der Mitte in Krisenzeiten Abstiegsängste breit machen, die zu abwärtsgerichteten Vergleichen drängen und zur Abgrenzung von „denen da unten“ zwingen, um das eigene Selbstbild aufrechtzuerhalten. Sündenböcke aller Orten. Juden, Muslime, Asylanten, Ausländer, Farbige, Queere… Psychologisch gesprochen. Also alle Menschen, die dem eigenen „Normativ“ nicht entsprechen. Da kommen Vereinfacherer und Blender gerade zur rechten Zeit. In Form der AfD nicht als Volks-, sondern als völkische Partei. Der Wahrheitsgehalt und menschenwürdige Moral spielen keine Rolle. Das hat Konsequenzen. Wegschauen geht nicht mehr. Eine Mitte, die in Teilen zunehmend enthemmt wirkt und alle „Politik“ verachtet, die anders ist als ihre eigene.

Selbst in Veranstaltungen im Wahlkreis gibt es immer wieder Momente, in denen Schlagworte aus dem AfD-Repertoire zunehmend aggressiv den Diskurs und die offene Diskussion ersetzten. Das macht mich wütend.

Mit Entstehen der AfD hat sich der politische Diskurs in Deutschland (wie in vielen Ländern Europas) deutlich nach rechts verschoben. Alle demokratischen Parteien müssen – in unterschiedlichsten Ausprägungen – aufpassen, dass sie diesem Druck nicht nachgeben, weil es gerade „in“ zu sein scheint. Es gibt auch faule Kompromisse. Das ist Wasser auf die Mühlen der AfD. Sie ist das Original, und das ist ihr Markenkern. Die gelegentliche Hoffnung, besonders in der CDU, über eigenen rechten Populismus Wählerinnen und Wähler (zurück) zu gewinnen, stärkt nach politisch-historischen Betrachtungen meistens die rechten Parteien.

Politische Entfremdungserscheinungen spielen eine große Rolle. Diese Entfremdung wird von der AfD mit geschaffen, und sie nutzt gesellschaftliche Prozesse kommunikativ für sich aus.

Wir sollten uns nicht darauf verlassen, dass Umfragen nur Umfragen sind. Auch diese entfalten ihre Wirkung. Zuerst atmosphärisch, verfestigt sich das, können sie zu harten Fakten werden. Also Obacht.
Wir sollen wir als Sozialdemokraten mit der AfD und deren Erfolg umgehen? Ignorieren, kleinreden, aggressiv angehen…? Jedes Vorgehen birgt Risiken, die ins Gegenteil umschlagen können, besonders bei den Bürgerinnen und Bür-

gern, die die AfD nicht aus Überzeugung aufgrund des Wertegebäudes, sondern ausmangelndem Vertrauen und dem Protest gegen unsere – als nicht vorhanden wahrgenommene – Lösungskompetenz wählen. Überzeugungstäter sind nicht zu überzeugen. Da brauchen wir uns nichts vormachen. Wie bewegen wir die anderen, auf den Weg zur Demokratie zurückzufinden. Aufklärung über die AfD, wer sie wirklich ist und nicht, wie sich darstellt, tut immer wieder not.

Die Partei, in Anlehnung an Max Frisch, aus „Biedermännern und Brandstiftern", ist rechtspopulistisch und rechtsextrem. EU-Skepsis- und Ablehnung sowie Nationalismus und völkisch-nationalistischem Denken sind bestimmend. In ihrer teils heterogenen Struktur existiert eine verquaste und brandgefährliche Mixtur aus wirtschafts(neo)liberalen, autoritären, wissenschaftsfeindlichen, homophoben, antifeministischen, rassistischen und antisemitischen sowie geschichtsrevisionistischen Positionen. Entgegen dem wissenschaftlichen Konsens bezweifelt sie, dass Klimawandel und globale Erwärmung von den Menschen verursacht sind. Sie pflegt recht intensive Verbindungen zu neurechten Gruppierungen wie der rechtsextremen Identitären Bewegung und der islamfeindlichen Pegida. Diese Aufzählung, für die ein schlichter Blick nach **Wikipedia** reicht, muss immer wieder bewusst gemacht werden. Diese Partei ist eine Gefahr für das Zusammenleben in unserer demokratischen Gesellschaft und möchte diese von innen zerstören.

Auch die Ampelregierung muss in Zukunft anders agieren und auftreten. Geschlossener im Innern und empathischer zu den Bürgern. Schon im Vorfeld politischer Entscheidungen. Mehr erklären. Alle demokratischen Parteien müssen sich abgrenzen von diesem gemeinsamen Feind. Auf die CDU kommt eine besondere Rolle zu. Aus gelegentlich zu beobachtenden Liebäugeleien in ostdeutschen Landesverbänden oder Einzelpersonen kann mehr werden. Eine Zusammenarbeit wäre ein Dammbruch. Ich werde mich als Sozialdemokrat immer gegen rechts einsetzten. Unserer SPD als Partei von Otto Wels, Willy Brandt und so vielen anderen muss man das nicht zweimal sagen. Das ist für mich selbstverständlich und unumstößlich.

Politik muss erklären, nicht überrumpeln. Dazu gehört auch, sich selbst einzugestehen, dass man angesichts der Komplexität nicht „die Weisheit mit Löffeln gefressen" hat, aber diese Komplexität anerkennt und nicht den einfachen Antworten der AfD selbstgerechte eigene Antworten gibt. „Es sind die abschließenden und soliden Statements, die unwahr sind." formulierten die deutschen Philosophen Horkheimer und Adorno nach ihrer Emigration in die USA vor dem deutschen Faschismus bereits 1944 in ihrer Dialektik der Aufklärung. Ein Satz, wie gemacht für heute. Politik muss sich bescheiden machen.

Es ist sicher: Gegenüber den Demokratiefeinden der AfD müssen wir anders auftreten. Ich gebe hier keine „Handlungsanweisung", was zu tun ist im Umgang mit der AfD. Aber eure Meinung würde mich sehr interessieren! Wie seht ihr das? Wie sollen wir als Sozialdemokraten gegenüber der AfD auftreten? Ignorieren, kleinreden, aggressiv angehen? Oder ganz anders...?

Schickt eure Antwort bitte per E-Mail an: nezahat.baradari@bundestag.de

150 Jahre Schützenfest in Elspe

GRUSSWORT: ANKER IN EINER RASTLOSEN ZEIT

150 Jahre sind eine lange Zeit. Und dass eine schöne Tradition so lange und unvermindert währt, ist keine Selbstverständlichkeit in einer scheinbar rastlosen Zeit. Das erste Schützenfest in Elspe wurde am 25. und 26. Mai 1873 gefeiert, vor 54 858 Tagen. Durch die geschichtlichen Ereignisse bedingt, hieß es damals „Elsper Kriegerfest“.

1873 war eine Zeit des geschichtlichen und politischen Umbruchs: Keine zweieinhalb Jahre zuvor wurde das Deutsche Kaiserreich ausgerufen und Wilhelm I. zum Kaiser ernannt. Die Reichsgründung war das Ergebnis dreier Kriege, die der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck führen ließ. Auslöser für den dritten Einigungskrieg 1870/71 war ein diplomatischer Streit zwischen Frankreich und Preußen. Der Deutsch-Französische Krieg war äußerst blutig, er kostete binnen zehn Monaten 180.000 Soldaten das Leben.

Im Gefolge durchlebte Deutschland den Durchbruch zur modernen Industriegesellschaft. Er ging mit massiven unsicheren gesellschaftlichen Veränderungen in Wohnen, Bildung, Arbeit, Kultur für die Menschen einher. Die Gesellschaft industrialisierte und modernisierte sich in rapider Geschwindigkeit. Mit allen Vor- und Nachteilen, Gewinnern und Verlierern

Geschichte ist wenig vergleichbar und wiederholt sich nicht. Und dennoch leben wir auch heute in einer Umbruchzeit mit vielfältigsten Herausforderungen für die Menschen. Das Wort einer Zeitenwende macht die Runde. Auch heute sind wir – wie unsere Vorfahren vor 150 Jahren – Zeitzeugen einer unsicheren und anhaltenden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlich-industriellen Transformation. Alles passiert gleichzeitig und in hohem Tempo. Die Menschen suchen nach Halt in einer immer komplizierteren Welt. Das Ende scheint offen.

Umso wichtiger sind für viele Menschen die vermeintlich „kleinen“ Dinge, die ein Stück Sicherheit in das Leben der Menschen bringt. Wie schön, in Elspe mit dem Schützenfest eine Tradition zu haben,

die überdauert und unvermindert lebendig ist und den Zusammenhang der Dorfgemeinschaft stärkt. Etwa 1000 Mitglieder zählt der Schützenverein „St. Jakobus“ zurzeit bei knapp 2800 Einwohnern! Gibt es einen schöneren Beweis für die Tradition und Verbundenheit mit dem, was man Heimat nennt, deren Ausdruck auch – und nicht zuletzt – die Schützenfestkultur in Elspe und in unserer ganzen Region ist.

In diesem Sinne wünsche ich allen Elspern und Besuchern des 150-jährigen Jubiläumsschützenfestes eine unbeschwerte Zeit und ein wunderschönes Schützenfest.

Schöne Feiertage wünscht Ihnen

Ihre Nezahat Baradari
Mitglied des Deutschen Bundestages